

# Griechenland jenseits des Euro

Michael Paul

**Athen unterhält relativ zu seiner Bevölkerungszahl die größte Armee in Europa und hat einen der höchsten Verteidigungsetats in der NATO. Warum kürzt die griechische Regierung zur Verringerung der Schulden- und Kreditlast also nicht einfach die Verteidigungsausgaben, zumal die aktuelle Lage in der Region weniger durch eine konkrete militärische Bedrohung als durch vielfältige humanitäre Probleme gekennzeichnet ist? Wie ist das sicherheitspolitische Umfeld der griechischen Krise einzuschätzen?**

Eine linke Partei kommt in Athen an die Macht und muss sparen. Auf den ersten Blick wäre eine Reduzierung des Verteidigungsetats (und nicht der Renten) naheliegend als Teil einer Lösung griechischer Finanzprobleme. Schließlich hat die griechische Armee relativ zur Bevölkerung die meisten Soldaten in Europa und ihr Etat zählt im Vergleich zum Brutto sozialprodukt (BSP) zu den höchsten in der NATO. Tatsächlich scheint ein letzter Einigungsversuch über ein Reform- und Rettungspaket kurz vor dem griechischen „-Referendum am 5. Juli 2015 aber nicht nur an den geforderten Rentenkürzungen, sondern auch an den Einsparungen bei den Streitkräften gescheitert zu sein. Auf Druck des konservativ-nationalistischen Koalitionspartners der Syriza-Regierung, dessen Parteivorsitzender Panos Kammenos seit Januar 2015 Verteidigungsminister ist, sollte der Verteidigungsetat nicht um 400 Millionen, sondern nur um die Hälfte reduziert werden.

Die hohen Verteidigungsausgaben werden hauptsächlich mit Blick auf die Türkei begründet, die in Griechenland als größte Sicherheitsbedrohung angesehen wird. Aber es ist nicht nur das Bedrohungsgefühl, das Nationalisten auf dem linken und dem rechten Parteispektrum das Militär unterstützen lässt. Die Armee ist auch Teil der Klientelpolitik des Landes, in der der Staat „als legitimes Ausbeutungsobjekt der Parteien“ (Andréas Stergiou) gilt. Schon der konservative Premierminister Antonis Samaras (2012-2015) wurde heftig kritisiert, als er die Löhne und Gehälter der Militärbeschäftigten kürzte. Tatsächlich hat Grie-

(Fotos: NATO)



**Die Armee umfasst nach Angaben des International Institute for Strategic Studies 144.950 aktive Angehörige.**

chenland bereits seit Beginn der Krise 2009 die Ausgaben für die Streitkräfte reduziert. Lag der Verteidigungsetat 2009 noch bei 7,25 Milliarden Euro, ist er 2014 auf 4,1 Milliarden gesunken – und diese Kürzung betrifft bei einem Anteil von 73,3 Prozent am Etat speziell die Personalausgaben. Die Armee umfasste nach Angaben des International Institute for Strategic Studies (IISS) in der „Military Balance 2015“ 144.950 aktive Angehörige (Heer 93.500, Marine 18.450 und Luftwaffe 21.400, paramilitärische Kräfte 4.000) sowie eine Reserve von 216.650. Ihr Anteil am BSP wird aktuell auf 2,4 Prozent geschätzt und liegt damit auch 2015 über der NATO-Richtlinie von zwei Prozent. Im Vergleich zum BSP gibt Athen doppelt so viel für die Streitkräfte aus wie Berlin, das 1,2 Prozent investiert. Weitere Sparvorhaben aufgrund der griechischen Finanzkrise erfordern eine grundlegende Überprüfung des Verteidigungssektors von der Bedrohungsanalyse

über das Beschaffungswesen bis hin zur Streitkräftestruktur. Es sind „intelligente und effiziente Lösungen“ notwendig, wie im Weißbuch 2014 des griechischen Verteidigungsministeriums gefordert wird. Ob die Krise des Landes als Chance für weitergehende Reformen genutzt werden kann, hängt aber auch von den Rahmenbedingungen ab, unter denen sie stattfinden – und hier ist speziell die Türkei relevant.

## Das Verhältnis zur Türkei

„Unser Land wird vom Osten bedroht. Da können wir nicht nackt dastehen“, meinte der Chef der „Unabhängigen Griechen“ und neue Verteidigungsminister Kammenos in einem Radiointerview im Februar 2015. Das historische Feindbild gründet sich auf die 400-jährige osmanische Herrschaft, während aktuell die andauernde türkische Besetzung Nordzyperns und Territorialstreitigkeiten in der Ägäis die bilateralen Bezie-

## Autor

**Dr. Michael Paul** ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik und Projektleiter Streitkräftedia-log bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

hungen belasten. Allerdings musste die türkische Regierung selbst ein „grandioses Scheitern“ (Günter Seufert) ihrer Außenpolitik verzeichnen; die Türkei konnte sich nicht als Regionalmacht im Nahen Osten etablieren, sondern sieht sich in der Region vielmehr isoliert. Beunruhigend bleibt für Athen in diesem Kontext, dass Ankara zur Unterstützung seiner regionalen Ambitionen die Rüstungsindustrie weiter ausbauen und einer der weltweit zehn größten Rüstungsproduzenten werden möchte. Eigene Rüstungskapazitäten sowie neue Rüstungslieferanten wie China könnten die Abhängigkeit der Türkei von den USA und Europa verringern und damit den außenpolitischen Spielraum vergrößern.

Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu hat in der griechischen Schuldenkrise die finanzielle Hilfe seines Landes angeboten. Allerdings könnte ein Abbau politischer Spannungen hilfreicher sein und dazu kann Ankara beitragen, ohne substanzielle Zugeständnisse machen zu müssen. Denkbar wären eine Reduzierung der gegen Griechenland gerichteten „Ägäis-Armee“ und eine Entspannung der Territorialstreitigkeiten. Denn die ungelöste Kontroverse um Hoheitsrechte in der Ägäis brachte beide Staaten 1996 an den Rand militärischer Auseinandersetzungen. Seit 2014 steigt die Zahl der Verletzungen griechischen Luftraums durch türkische Kampfflugzeuge. Solche Machtdemonstrationen zwischen zwei NATO-Partnern sind unnötig und ein Verzicht auf Scheingefechte würde die Lage entspannen.

Die Hoffnung auf Entspannung in den griechisch-türkischen Beziehungen scheint jedoch so alt zu sein wie die Konflikte selbst. Das Konfliktpotenzial für Griechenland bleibt - auch mit Blick auf die Streitigkeiten mit der „Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien“ – auf historisch geringem Niveau und eine Konfrontation mit Ankara ist aufgrund der zahlreichen Probleme der türkischen Außenpolitik in anderen Nachbarregionen unwahrscheinlich; die Lage in Syrien und Irak und die terroristische Bedrohung durch den „Islamischen Staat“ (IS) ist ungleich gefährlicher als der griechisch-türkische Dauerstreit. Außerdem wirkt weiter die Mitgliedschaft beider Länder in der NATO stabilisierend.

## Sino-russische Perspektiven

„Wir sind jetzt mitten in einem Wirbelsturm. Aber wir sind ein Seefahrervolk und haben keine Angst, aufs offene Meer zu fahren und werden ganz bestimmt in einen sicheren Hafen finden“, äußerte der griechische Regierungschef Alexis Tsipras bei seinem Treffen mit dem russischen



**Unter Führung und Verwaltung der griechischen Streitkräfte steht auch die NATO Missile Firing Installation in Souda Bay auf Kreta.**

Präsidenten Wladimir Putin im Juni 2015 in Moskau. Griechische Sympathien für Moskau sind kein neues Phänomen. Sogar in den Hochzeiten des Kalten Krieges ließ der erste sozialistische Regierungschef Andreas Papandreu die sowjetische Marine zwischen Kreta und dem griechischen Festland ankern und sowjetische Kriegsschiffe durften im Notfall griechische Werften zur Reparatur anlaufen. Der russische Präsident Putin will an solche glorreichen Zeiten anknüpfen, und eine stärkere Präsenz auf den Weltmeeren soll den Großmachtanspruch Russlands erhärten. Der Kommandeur der russischen Seekriegsflotte Wladimir W. Massorin kündigte dazu 2007 an, dass Russland binnen 20 Jahren zur zweitgrößten Seemacht in der Welt aufsteigen werde (und die Marine damit ähnliche Bedeutung wie die Nuklearstreitkräfte erhalten sollte). Mittlerweile verfügt jedoch die Volksrepublik China über eine doppelt so große Kriegsmarine von Kreuzern, Zerstörern und Fregatten und ob das ehrgeizige russische Modernisierungsprogramm in Gänze realisiert werden wird, bleibt abzuwarten. Das gemeinsame Flottenmanöver im Mittelmeer im Mai 2015 erinnerte an die russischen Ambitionen, demonstrierte aber insbesondere die neue sino-russische Zusammenarbeit. Peking und Moskau signalisierten damit auch, dass das Mittelmeer nicht mehr als „Mare nostrum“ der NATO anzusehen ist, sondern sich eine neue Konkurrenz etablieren könnte. Die russische Marine würde dazu gerne den griechischen Hafen in Piräus nutzen, schließlich ist das syrische Tartus als letzte noch verbliebene russische Flottenbasis im Mittelmeer unsicher geworden. Stattdessen hat sich dort jedoch schon China mit einem Staatsunternehmen etabliert: Der

Logistikkonzern China Ocean Shipping Company (COSCO) erwarb 2009 die Konzession, die Hälfte des griechischen Containerhafens (Piers II und III) von Piräus für einen Zeitraum von 35 Jahren zu betreiben. COSCO will insgesamt 3,5 Milliarden Euro in den Hafen investieren. Griechenland soll als wirtschaftlicher Brückenkopf nach Europa dienen und Piräus zum Knotenpunkt des Containerverkehrs entwickelt werden. Chinesische Interessenten gibt es darüber hinaus für den Athener Flughafen. Anders als Moskau ist Peking also schon vor Ort und der Kreml findet sich in der Rolle des Juniorpartners.

Chinesische Kommunisten haben sich zu kühl kalkulierenden Kapitalisten entwickelt. Dagegen bleibt die russische Führung über griechische Häfen hinaus an Griechenland interessiert, weil es die Europäische Union als geopolitischen Konkurrenten wahrnimmt und mit griechischer Unterstützung den Druck auf desintegrative Kräfte in den europäischen Mitgliedstaaten verstärken könnte. Daher unterstützt Moskau nationalpopulistische Parteien in Ungarn und Frankreich und versucht Regierungen in Staaten wie Griechenland zu gewinnen, um die EU (und damit gemäß russischer Logik auch die USA) zu schwächen. Aber Russland ist nicht mehr die Sowjetunion und die verfügbaren Ressourcen sind knapper geworden; die Krim-Annexion und die Unterstützung prorussischer Separatisten in der Ukraine fordern ihren Tribut; warum sollte also Athen über Gebühr unterstützt werden? Konkret lehnt Moskau den Kauf griechischer Staatsanleihen ab und kündigt nur Investitionen für den Fall einer neuen Gaspipeline an (um die Ukraine als Transitland für russisches Gas in die EU zu ersetzen). Der russische Finanzminister Anton Si-



**Seit der Krim-Annexion 2014 und dem andauernden Ukrainekonflikt hat die NATO die Zusammenarbeit mit den Schwarzmeerrainern Ukraine und Georgien ausgeweitet und die Zahl der Marineeinsätze erhöht, im Bild die griechische Fregatte „Psara“.**

Iuanow meinte lakonisch: „Falls Griechenland kommerziell interessante Projekte anbietet, werden sie geprüft.“ Was bietet also Griechenland jenseits des Kommerzes, das sicherheitspolitisch relevant ist?

### Der maritime Kontext

Das Ägäische Meer zwischen Griechenland und Kleinasien liegt abseits der größeren Verkehrsrouten im nordöstlichen Teil des Mittelmeeres, ist aber zentral für den maritimen Zugang zum Schwarzen Meer im Nordosten (über die Dardanellen, das Marmarameer und den Bosphorus). Die Zufahrt am Bosphorus hatte daher stets hohe strategische Bedeutung für die zivile wie die militärische Schifffahrt. So ermöglicht sie der russischen Schwarzmeerflotte die Ost-West-Route in den Atlantik und von dort aus in den Indischen Ozean. Seit der Krim-Annexion 2014 und dem andauernden Ukrainekonflikt hat die NATO die Zusammenarbeit mit den Schwarzmeerrainern Ukraine und Georgien ausgeweitet und die Zahl der Marineeinsätze erhöht; zuletzt fanden NATO-Seemanöver im März 2015 vor der bulgarischen Küste statt. Dies führte zu vereinzelten militärischen Zwischenfällen, bei denen Schiffe unter NATO-Kommando durch russische Kampfflugzeuge attackiert wurden.

Die NATO nutzt Kreta als geostrategischen Brückenkopf in den Nahen Osten. Außerdem nimmt der Raum um Kreta eine wichtige Rolle beim Einsatz und der Ausbildung ihrer Kräfte ein. In Griechenland waren die NATO-Stützpunkte daher häufig das Ziel innenpolitischer Auseinandersetzungen. Wie schon Papandreou in den 1980er Jahren entspannte Tsipras 2015 aber nach gewonnener Wahl die Rhetorik gegenüber der NATO: Noch im Wahlkampf 2012 hatte seine Partei Syriza verlangt, dass NATO-Einrichtungen geschlossen werden. Solche Forderungen sind aus der aktuellen Diskussion verschwunden. Neben einem NATO-Marinestützpunkt, der durch die Mitgliedstaaten für Zwischenstopps und zur Nachversorgung genutzt wird (zuletzt durch deutsche Einheiten im Rahmen des Seenotrettungseinsatzes im Mittelmeer), und dem unter Führung und Verwaltung der griechischen Streitkräfte befindlichen Schießplatz NATO Missile Firing Installation (NAMFI), unterhält die NATO vor Ort ein Marineausbildungszentrum (NATO Maritime Interdiction Operational Training Centre, NMIOTC). Alle drei Einrichtungen befinden sich in Souda auf Kreta. Darüber hinaus wird der militärische Teil des Flughafens in Chania auf Kreta (Souda Air Base) durch die NATO-Luftstreitkräfte, vor allem durch die US-

Luftwaffe im Rahmen der Einsätze im Nahen Osten, genutzt.

Als Mitglied des Schengen-Raumes hat Griechenland eine wichtige Rolle für die innere Sicherheit der EU, um die unkontrollierte Einwanderung und die damit verbundene Organisierte Kriminalität einzudämmen. Aufgrund des Krieges im Nahen Osten fliehen jedoch immer mehr Menschen aus Syrien über die östliche Mittelmeerroute: Die Zahl der Flüchtlinge, die über das Ägäische Meer und die griechisch-türkische Landgrenze am Fluss Évros nach Griechenland kamen, ist von 6.500 im Vorjahr auf 77.100 im ersten Halbjahr 2015 angestiegen. Fast 60 Prozent stammen aus Syrien, andere kommen aus Afghanistan, Irak, Eritrea und Somalia. Das bei der Aufnahme, der Erfassung und weiteren Versorgung der Flüchtlinge ohnehin überforderte Land ist nicht in der Lage, die wachsende Flüchtlingsproblematik zu beherrschen.

### Langfristig Lage verbessern

Ohne externe Unterstützung drohen in Griechenland Organisierte Kriminalität und illegale Migration zu wachsen und nationalistische Parteien an Unterstützung zu gewinnen. Ein fragiler Staat kann militärische Konflikte in der Mittelmeerregion verursachen, wenn andere Staaten ihre Sicherheit bedroht sehen, ebenso wie in Griechenland selbst sogar die Möglichkeit eines Militärputsches in einer politisch explosiven Lage nicht ausgeschlossen wird. Berlin und Brüssel werden mittelfristig also eine ungewöhnlich populistische Regierung in Athen stabilisieren müssen, um langfristig die Lage in Griechenland zu verbessern. Solange Griechenland in EU und NATO verankert bleibt, ist der Konflikt mit der Türkei auch in Zukunft wirkungsvoll einzuhegen. Wenn die Krise als Chance für weitergehende Reformen genutzt wird, können die Streitkräfte künftig besser aufgestellt und vielleicht sogar die Verteidigungsausgaben weiter gesenkt werden.